

Riesige Lücken

Das deutsche Schulsystem hängt immer mehr Kinder und Jugendliche ab. Förderprogramme reichen nicht aus. Für Strukturreformen gibt es klare Mehrheiten

Von Gudrun Giese

Fachkräfte sind hierzulande knapp und dürften aufgrund der Überalterung der Gesellschaft absehbar knapper werden. Wie Goldstaub müsste dementsprechend der Nachwuchs behandelt werden. Doch der Staat leistet sich einen verschwenderischen Umgang mit der Ressource Jugend. So verließen laut einer Mitte Mai veröffentlichten Recherche von *Correctiv* im vergangenen Jahr mehr als 64.000 junge Menschen ohne Abschluss die Schule – ein Anstieg von mehr als einem Drittel binnen dreier Jahre.

Demnach seien vor allem in fünf Bundesländern alarmierende Zahlen zu verzeichnen: Sachsen-Anhalt weist mit 13,4 Prozent des Jahrgangs 2024/25 die höchste Quote bei den Schulabgängern ohne Abschluss auf; darauf folgen Thüringen mit 11,9, das Saarland mit 11,5, Bremen mit 10,6 und Mecklenburg-Vorpommern mit 10,4 Prozent. Am anderen Ende der Skala rangierten Hessen mit 6,3 und Bayern mit 6,6 Prozent. Als einziges Bundesland habe Schleswig-Holstein für das vergangene Jahr keine Zahlen geliefert, berichtete *Correctiv*.

Wie drastisch der Anstieg ist, zeigt der Vergleich der absoluten Zahlen: Im Schuljahr 2021/22 habe die Zahl der Abschlusslosen noch bei 47.500 gelegen, ein Jahr später bereits bei 62.000, um nun bei über 64.000 zu landen. »Dabei haben wir angesichts von Demografie und Fachkräftemangel eine Situation, in der wir in Deutschland jeden jungen Menschen bräuchten«, zitierte der Recherchedienst den emeritierten Professor für Bildungsforschung und -planung Klaus Klemm. Es sei »katastrophal, jedes Jahr mehr junge Menschen aus der Schule zu entlassen mit einer Qualifikation, die für keine Berufsausbildung reicht«.

Systemische Mängel

Vollmundig hatte Bundesbildungsministerin Karin Prien (CDU) zu Beginn ihrer Regierungstätigkeit eine Halbierung der Schulabbrecherquote bis 2035 proklamiert. In Anbetracht »der Bedingungen, unter denen Schulen teilweise arbeiten«, sei die aktuell genau gegenteilige Entwicklung »überhaupt nicht verwunderlich«, so Kai Maaz, Direktor des Leibniz-Instituts für Bildungsforschung. Gerade Schulen in sozialen Brennpunkten seien oftmals schlecht ausgestattet, hätten mit Lehrermangel und zu wenigen Fachkräften für Schulsozialarbeit sowie -psychologie zu kämpfen. Trotz des »Startchancenprogramms«, das Nachteile ausgleichen soll, kämen die Mittel nicht an den Schulen mit dem größten Bedarf an.

Zu den Abgehängten im Bildungssystem zählen nach Schilderung eines Kölner Schulleiters an einem Berufskolleg etwa Jugendliche mit Fluchterfahrung, ohne Wohnung, mit psychischen Belastungen oder mit starken familiären Verpflichtungen. Im Berufskolleg, das ohnehin nicht allen Schulabgängern ohne Abschluss offenstehe, könne langanhaltende Vernachlässigung nicht eben mal in einem Jahr ausgeglichen werden. Förderung für benachteiligte Kinder und Jugendliche müsse es im Bildungssystem von Anfang an geben, so der Schulleiter.

Ein weiterer Grund für die hohe Zahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss habe eine strukturelle Ursache, analysierte *Correctiv* weiter. Etwa 50 Prozent der Betroffenen kämen aus Förderschulen, an denen gar keine regulären Schulabschlüsse erworben werden können. Bildungsforscher Maaz sieht hier Reformbedarf: Jugendlichen müsse ermöglicht werden, auch an diesen Schulen einen qualifizierenden Abschluss zu erreichen.

Allerdings reicht es bei immer mehr Jugendlichen auch mit einem entsprechenden Zeugnis nicht für eine Ausbildung. Laut dem Berufsausbildungsbericht für 2024 konnten knapp 18 Prozent der 20- bis 24jährigen keine Ausbildung vorweisen und haben darauf absehbar keine in Aussicht. Annähernd ein Fünftel eines Jahrgangs falle durch das Raster, so Bildungsforscher Klemm, weil es keinen Ausbildungsplatz erhalte oder die Ausbildung abbräche. Dafür seien oft erhebliche Lücken in Fächern wie Deutsch und Mathematik verantwortlich, die an den Berufsschulen nicht geschlossen werden könnten. So sei der Anteil der Jugendlichen ohne Berufsausbildung innerhalb von vier Jahren um mehr als ein Viertel gestiegen.

Bildung und Klasse

Weniger als die Hälfte der Kinder aus benachteiligten Familien können laut dem aktuellen UNICEF-Report Mindestkompetenzen in den Bereichen Lesen und Mathematik vorweisen. Auch der Chancenmonitor 2026 des Ifo-Instituts zeigt diesen Missstand deutlich auf: Nach wie vor seien soziale Herkunft, Einkommen und familiäre Voraussetzungen wichtige Faktoren für den Bildungserfolg. Das alles zeige, so Maaz gegenüber *Correctiv*, wie wichtig eine möglichst früh beginnende Bildungsförderung der Kinder sei. Außerdem müssten die Schulen in Problemgebieten besser als bisher mit Ressourcen für Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Möglichkeiten zur Projektarbeit ausgestattet werden.

Mittlerweile scheitern allerdings auch immer mehr männliche Jugendliche, die aus Elternhäusern mit gutem Bildungshintergrund kommen. »Dass Jungen quer durch alle sozialen Schichten geringere Bildungschancen haben und im Laufe der Schulzeit weiter zurückfallen, ist ein ernstes bildungspolitisches Warnsignal«, konstatierte Stefan Düll, Präsident des Deutschen Lehrerverbands, in einem Statement zum Chancenmonitor. »Wer mehr Bildungsgerechtigkeit will, muss endlich konsequent in Personal, Professionalität und Prävention investieren, beginnend bei der Kita bis zum Schulabschluss.« Bildungsgerechtigkeit dürfe kein Schlagwort bleiben, müsse im Schulalltag spürbar werden, etwa durch Qualitätsstandards im Unterricht, realistische Klassengrößen, multiprofessionelle Teams und eine praxisorientierte Bildungspolitik. Zusätzlich müssten die Lehrkräfte »die Zeit,

die Unterstützung und die Ausbildung haben, um individuell fördern zu können«.

Bereits im vergangenen Herbst hatte die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) die OECD-Studie »Bildung auf einen Blick 2025« herangezogen, um auf die wachsenden Kompetenzunterschiede zwischen jungen Menschen mit Hochschulbildung und jenen ohne Sekundarabschluss II hinzuweisen. Nach wie vor täten die politisch Verantwortlichen nicht genug, um der Bildungsungerechtigkeit entgegenzusteuern, betonte die GEW-Vorsitzende Maike Finnern. Das Startchancenprogramm sei erheblich zu klein dimensioniert worden.

Überdies verschärfe das Bildungssystem den Zusammenhang von Schulerfolg und sozialem sowie familiärem Hintergrund. Die OECD-Studie belege, dass Deutschland, die Schweiz und die USA zu den Ländern mit den größten Kompetenzunterschieden nach Bildungsstand gehörten, so Finnern. »Das deutsche Bildungssystem weist nach wie vor erhebliche Ungleichheiten auf.« Dass es anders gehe, zeigten die Analysen für Spanien, Polen und Kroatien, wo es deutlich geringere Kompetenzunterschiede von Menschen mit und ohne Hochschulabschluss gibt.

Auch nach Einschätzung Finnerns sind im deutschen Bildungssystem Strukturreformen nötig. Eine einzelne Maßnahme wie das mit 20 Milliarden Euro über zehn Jahre ausgestattete Startchancenprogramm sei zwar ein wichtiger Schritt, reiche aber nicht aus. Die politisch Verantwortlichen sollten die gewonnenen Erkenntnisse ernst nehmen und das Bildungssystem dauerhaft ausreichend finanzieren. Immerhin habe es schon 2015 eine Selbstverpflichtung gegeben, zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Bildung auszugeben. Das müsse endlich umgesetzt werden, so Finnern: »Es gilt, die Milliarden aus dem Sondervermögen massiv in die Bildungsinfrastruktur zu investieren.« Notwendig seien dabei vor allem zusätzliche Mittel für benachteiligte Schulen.

Mehrheit für Reformen

Während die Politik ständig Sparzwänge in den Bereichen Soziales und Bildung ausruft, erwarten die Bürger erheblich mehr Mittel für das Bildungssystem. Das geht aus dem Kinderreport 2026 des Deutschen Kinderhilfswerks hervor. Dafür hat das Forsa-Institut im Januar repräsentativ ausgewählte 1.002 Erwachsene sowie 1.006 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen zehn und 17 Jahren befragt.

An erster Stelle rangierte dabei der Wunsch nach einer besseren Personalausstattung. 93 Prozent der Erwachsenen und 69 Prozent des Nachwuchses stimmten der Aussage zu, dass »mehr zusätzliches und qualifiziertes Personal an Schulen und Kitas« gebraucht werde, »um pädagogische Fachkräfte von organisatorischen Aufgaben zu entlasten«. Mehrheitlich sprachen sich alle Teilnehmer für eine flächendeckende Schulsozialarbeit sowie psychosoziale Beratung aus, außerdem für verbindliche Lern- und Sprachförderangebote.

Sehr klar fällt die Zustimmung zu einer Strukturreform des Bildungssystems aus: 91 Prozent der Erwachsenen und 87 Prozent des Nachwuchses möchten

bundesweit einheitliche Bildungsstandards und -bedingungen. 90 Prozent wünschen sich kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Schule. Bei den Kindern und Jugendlichen stimmten 88 Prozent der Forderung nach kostenlosen Bildungsangeboten zu.

Das Deutsche Kinderhilfswerk schlussfolgert aus den Ergebnissen, dass im deutschen Bildungssystem dringend umgesteuert werden müsse.

»Chancengerechte Bildung ist aber kein freiwilliges Ziel politischer Entscheidungsträger, sondern vielmehr eine staatliche Pflicht«, heißt es im Kinderreport. Wann das wohl bei den Politikern ankommt?

Gudrun Giese schreibt regelmäßig für die junge Welt

<https://www.jungewelt.de/beilage/art/523877>